

EU-WAHL 2019

ANTWORTEN DER KANDIDIERENDEN PARTEIEN/LISTEN ZUM GELD- UND FINANZSYSTEM

A. „Too-big-to-fail“ und Trennbankensystem

Die größten Banken sind nach wie vor zu groß: Laut Eurostat und dem Stockholm International Peace Research Institute betragen die öffentlichen Verluste durch zusätzliche Schulden und höhere Zinszahlungen zwischen 2008 und 2015 mehr als 213 Mrd. Euro. Die Bilanzsumme der 13 EU-Banken, welche als global systemrelevant eingestuft wurden (G-SIBs) betragen 110% des BIP der 28 EU-Staaten. Dies führt zu erheblichem Einfluss einiger weniger Banken auf Regierungen, Politiker*innen und Staaten.

Frage 1: *Was tut Ihre Partei/Ihre Liste, um die diese Abhängigkeit der Politik vom Banken- und Finanzsystem zu verringern? Welche Position vertritt Ihre Partei/Liste im Hinblick auf eine Trennung von Investment- und Geschäftsbanken?*

SPÖ: Die großen systemrelevanten Banken unterliegen bereits dem europäischen Aufsichtssystem der EZB. Die Komplexität auf den Finanzmärkten ist auch ein Grund für die „too big to fail“-Problematik, weshalb Politik und Wissenschaft weitere Ansätze finden müssen, damit größere Finanzunternehmen im Insolvenzfall ohne staatliche Hilfe abgewickelt werden können.

Die Grünen: Es gilt zu verhindern, dass Finanzinstitute zu groß werden, um zu scheitern, weil sie damit das Finanzsystem ins Wanken bringen. Europa braucht eine strengere Finanzregulierung, um sicherzustellen, dass der Finanzsektor maßgeblich zu einer widerstandsfähigen und nachhaltigen Wirtschaft beiträgt. Nur mit einem starken europäischen Bankeninsolvenzrecht ist gewährleistet, dass auch die Großgläubiger*innen und Eigentümer*innen der Banken ihren Beitrag leisten. Die Grünen haben jahrelang auf ein Insolvenzrecht für Banken gepocht, um sicherzustellen, dass künftig keine Steuerzahlermilliarden mehr für marode Banken bereitgestellt werden. Nicht zuletzt aufgrund des Drucks der Grünen im Europaparlament und in den nationalen Parlamenten, also auch in Österreich, wurden entsprechende Regelungen mittlerweile implementiert. Wir müssen darauf drängen, dass diese Regelungen auch eingehalten werden. Wir setzen uns für eine Trennung des Investmentgeschäfts vom Kund*innengeschäft der Banken ein.

NEOS: Grundsätzlich ist es für uns kein Problem, wenn es große Banken gibt. Dies allerdings nur unter der Voraussetzung, dass die Regeln, die verhindern, dass diese Banken "failen" (wie etwa die Eigenkapitalquote), präzise eingehalten werden. Eine Trennung zwischen Investment- und Geschäftsbanken ist in der Praxis sehr schwierig durchzusetzen. Wir plädieren daher eher dafür, für die Investmentsparte effektive Regulierungen zu erlassen und diese streng zu vollziehen, als diese kaum machbare Trennung durchzuführen. Darüber hinaus sind wir für strenge Strafen bei Korruption.

KPÖ Plus: Die KPÖ fordert seit je her das gesamte Finanzsystem, also Banken, Versicherungen, Finanzkonzerne in öffentliche Hand zu überführen und unter demokratische Kontrolle zu stellen. Welche Arbeitsteilung unter diesem Regime zwischen Banken, die der Finanzierung öffentlicher Aufgaben und privaten Investitionen einerseits und reinen Publikumsbanken andererseits entwickelt wird, muss der dann erforderlichen Zweckmäßigkeit überlassen werden.

B. Eigenkapitalanforderungen und „asymmetrische Regulierung“

Eine Maßnahme zur Eingrenzung der Risiken systemrelevanter Banken ist eine schrittweise Erhöhung der Eigenkapitalanforderungen. Sowohl die USA als auch die Schweiz fordern von ihren Banken Eigenkapital in der Höhe von 5% ihrer Bilanzsumme, während auf EU-Ebene laut Eigenkapitalverordnung und Eigenkapitalrichtlinie nur bis zu 3,5% vorgeschrieben sind. Manche Expert*innen fordern mittelfristig eine Erhöhung auf 20 - 30%. Auch könnten die Eigenkapitalanforderungen mit der Bilanzsumme ansteigen.

Frage 2: *Unterstützen Sie den Vorschlag der generellen Erhöhung der Leverage-Ratio auf mindestens 5% oder den Vorschlag von mit der Bilanzsumme wachsenden progressiven Kapitalanforderungen? Hat Ihre Partei/Liste andere Vorschläge zum Thema Eigenkapital-Anforderungen an die Banken?*

SPÖ: Neben einer starken und effektiven Bankenaufsicht waren auch die Eigenkapitalvorschriften für Banken eine Lehre aus der Finanzkrise. Diese wurden in den vergangenen Jahren erhöht und um Kapitalpuffer erweitert. Die Umsetzungen des Reformpaketes des Basler Ausschusses und weitere Maßnahmen werden aktuell auf Ebene der EU-Finanzminister beraten, damit werden Änderungen bei den Eigenkapitalvorschriften verbunden sein.

Die Grünen: Eine Erhöhung der Eigenkapitalanforderungen an Banken, insbesondere auch eine Erhöhung der Leverage-Ratio auf 5 % begrüßen wir. Auch eine progressive Ausgestaltung der Leverage-Ratio mit dem Ansteigen der Bilanzsumme ist grundsätzlich sinnvoll. Zudem sollte die Komplexität der Eigenkapitalanforderungen reduziert werden. Langfristig ist darüber nachzudenken, die Leverage-Ratio bei den Kapitalanforderungen an Banken stärker zu berücksichtigen. Gleichzeitig müssen wir darauf achten, nicht alle Risiken gleich zu behandeln. Der Fokus der Kapitalunterlegung sollte auf hartem Kernkapital liegen.

NEOS: Ja, wir unterstützen eine Erhöhung auf 5% und können uns langfristig auch eine etwas höhere Eigenkapitalquote vorstellen.

KPÖ Plus: Je geringer die Risiken unter den derzeitigen Eigentumsverhältnissen und Strukturen des Finanzsektors für die Gesellschaft sind, desto besser. Daher möglichst hohe Eigenkapitalerfordernisse.

Um kleinen und regionalen Genossenschaftsbanken und Sparkassen das Überleben zu ermöglichen, schlagen manche Expert*innen, 2017 auch die Finanzmarktaufsicht Österreich,

eine „asymmetrische Regulierung“ vor: Für kleine Banken soll der Regulierungsaufwand geringer sein als für größere.

Frage 3: *Was tut Ihre Partei/Liste, um Genossenschaftsbanken und Sparkassen zu stärken? Wie steht sie zum Vorschlag der asymmetrischen Regulierung und welche Schritte hat Ihre Partei/Liste bisher in diese Richtung unternommen?*

SPÖ: Bei einem geringeren regulatorischen Aufwand für kleinere Banken muss das gleiche Ergebnis aus Sicht einer effektiven Aufsicht erreicht werden, im Vordergrund steht die Finanzmarktstabilität und die Funktion der Banken zur Bereitstellung finanzieller Mittel für Unternehmer und Private.

Die Grünen: Klar ist: Es braucht eine wirksame Banken- und Finanzmarktkontrolle. Es kann aber nicht sein, dass die kleinen Genossenschaftsbanken und Sparkassen im Vergleich zu den großen Banken überproportional belastet werden. Die Aufsicht über kleine, risikoarme Banken wollen wir entbürokratisieren, um sie im Wettbewerb nicht zu benachteiligen. Im Europaparlament wurden dazu von unserer Fraktion entsprechende Anträge eingebracht.

NEOS: Ja, das sind wir. Das äußert sich etwa in dem Beispiel des Abwicklungsmechanismus, den wir auch in unser EU-Programm aufgenommen haben. Wir wollen einen stringenten und handlungsfähigen Abwicklungsmechanismus bei Bankenkrisen. Das System, dass Kosten auf die Allgemeinheit umgewälzt werden, während der Nutzen dem engen Stakeholder-Kreis zugutekommt, muss der Vergangenheit angehören. Daher fordern wir einen glaubhaften Übergang vom Bail-out zum Bail-in. Wir sehen eine Vergemeinschaftung der Einlagensicherung auf europäischer Ebene kritisch, setzen uns aber für eine Harmonisierung der Absicherung ein. Die Einlagensicherung muss an die nationale Kaufkraft angepasst werden. Kleinere Sparkassen, Volks- und Genossenschaftsbanken (nach der Definition der EZB "Less Significant Institutions") sollen von Zahlungen in den Abwicklungsfonds ausgenommen werden.

KPÖ Plus: Auch kleine Banken arbeiten mit dem Geld anderer Leute, wir sind daher für gleiche Regulierungserfordernisse wie für alle anderen. Im übrigen: Raiffeisen basiert auf dem Genossenschaftsprinzip und die Erste auf dem der Sparkassen, beide gehören zu den größten Banken in Österreich.

C. Regulierung des Kapitalmarktes: Beispiel Hochfrequenzhandel, Finanztransaktionsteuer

Der sogenannte Hochfrequenzhandel (High Frequency Trading: HFT) machte 2016 in den liquidesten Marktsegmenten in den USA und Europa bereits nahezu 50 Prozent des Handelsvolumens aus (Quelle: Bundesbank Monatsbericht, Okt 2016). Der Hochfrequenzhandel mag unter Umständen zur Liquidität des Kapitalmarktes beitragen, ihm fehlt aber der grundlegende Aspekt des gesellschaftlichen Nutzens von Finanzierung im Sinne einer Bereitstellung von Kapital für realwirtschaftliche und produktive Zwecke. Die von Maschinen ausgeführte, extrem kurzfristige Spekulation auf Preisdifferenzen erhöht die Volatilität des Marktes.

Frage 4: Welche Maßnahmen zur Regulierung des Hochfrequenzhandels schlägt Ihre Partei/Liste konkret vor?

SPÖ: Es ist bedauerlich, dass unter Vorsitz Österreichs während der EU-Ratspräsidentschaft vom ÖVP-Finanzminister das Vorhaben einer Finanztransaktionssteuer (FTT) weiter verwässert wurde. Eine effektive FTT muss auch Derivatentransaktionen erfassen und wäre einen Beitrag des Finanzsektors an den Kosten der Finanzkrise.

Die Grünen: Die Grünen arbeiten schon seit Jahren am Konzept der Finanztransaktionssteuer mit. Für uns ist sie die Öko-Steuer des Finanzsystems. Im Vordergrund steht der Lenkungseffekt, bereits minimale Steuersätze können dazu führen, Hochfrequenzhandel und Spekulationen einzudämmen, um so das Finanzsystem stabiler zu machen. Investitionen in die Realwirtschaft sind davon nicht betroffen. Unserer Vorstellung nach soll die Einführung der Finanztransaktionssteuer aufkommensneutral erfolgen. Die Finanztransaktionssteuer soll in möglichst vielen Ländern zur Anwendung kommen, zumindest auf europäischer Ebene.

NEOS: Wir begrüßen die Einführung einer weltweiten Finanztransaktionssteuer. Wir sind jedoch gegen nationale Alleingänge, was die Einführung einer Finanztransaktionssteuer betrifft, weil sich dann die Finanzströme einfach in jene Staaten/Finanzplätze verlagern, in denen es keine Finanztransaktionssteuer gibt. Auch stehen wir High Frequency Trading sehr kritisch gegenüber.

KPÖ Plus: Die KPÖ fordert ein Verbot.

D. Privileg der Giralgeldschöpfung von Geschäftsbanken

Mit der Banklizenz erhält jede Geschäftsbank zugleich das Privileg der Schöpfung von Giralgeld, welches ihr ermöglicht, die Geschäftstätigkeit unabhängig vom Volumen der Spareinlagen auszuweiten. 84% des Geldes als Zahlungsmittel werden von privaten Banken durch Kredit geschöpft (European Central Bank, Economic Bulletin). Nur 40% des geschöpften Geldes wandert über Kreditvergabe in die Realökonomie, während rund 60% im monetären bzw. nominalen Finanzsektor zur Spekulation mit Wertpapieren und Derivaten verbleibt.

Frage 5: Stellen Sie bitte die Position Ihrer Partei zum Privileg der Giralgeldschöpfung der Geschäftsbanken dar. Sind Sie für eine Eingrenzung dieses Privilegs?

SPÖ: Es sind Regelungsmechanismen vorhanden, die die Geldschöpfung der Banken beschränken, z.B. Zinsregelungen der Nationalbanken, Kreditnachfrage der Konsumenten, Eigenkapitalhinterlegungsvorschriften oder Aufsichtsbestimmungen über Banken im Finanzierungs- und Kreditbereich.

Die Grünen: Die Realökonomie soll wieder stärker in den Mittelpunkt gestellt werden. Nur so kann nachhaltig das Finanzwirtschaftssystem erhalten bleiben: Es braucht eine effektive

Finanz- und Kapitalmarktregulierung, die Investitionen in die Realwirtschaft begünstigt und eine Eigenkapitalausstattung vorsieht, die den echten Risiken in den Bankbilanzen gerecht wird. Diese Maßnahmen sowie ein echtes Trennbankensystem und die (regulatorische) Begünstigung von einfachen Bankgeschäftsmodellen können dazu beitragen, Finanzmarktspekulationen zu vermeiden. Stärkere Regelbindungen und Kapitalunterlegungspflichten schränken Möglichkeit und Ausmaß der Giralgeldschöpfung jedenfalls ein.

NEOS: Diesem System stehen wir grundsätzlich nicht entgegen. Wir möchten jedoch hervorheben, dass die Giralgeldschöpfung nicht dazu führen darf, dass das Bankensystem instabil wird. Gerade deshalb ist es wichtig, dass Stabilisierungsregeln wie etwa Basel III eingehalten werden.

KPÖ Plus: U.a. durch ein Verbot von kreditfinanziertem Wertpapierkauf.

E. Finanzsystem, Nachhaltigkeit und Gemeinwohlorientierung

Die nach wie vor fehlende Berücksichtigung von ökologischen, sozialen und ethischen Prüfkriterien bei der Finanzierung von Investitionen durch Banken und Kapitalmärkte führen zu hohen Risiken in Bezug auf Nachhaltigkeit und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Ethisch ausgerichtete Banken – es gibt weltweit 30-40 – richten sich am gesellschaftlichen Mehrwert, also am Gemeinwohl aus.

Frage 6: *Unterstützt Ihre Partei / Liste die Schaffung eines geeigneten Rechtsrahmens für gemeinwohlorientierte Banken? Wenn ja, durch welche konkreten Maßnahmen?*

SPÖ: Im Rahmen des bestehenden Aufsichtsrahmens für Banken (s. Frage 3)

Die Grünen: Wir treten dafür ein, dass Banken entsprechend der Komplexität ihres Geschäftsmodells, der Risiken ihrer Veranlagungen und der Höhe ihrer Bilanzsumme reguliert werden sollen. Die Folge davon wäre, dass gemeinwohlorientierte Banken hier die Nase vorne haben. Generell sind wir dafür, dass insbesondere große Unternehmen ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht werden sollten. Daher sollten sie auch über die ökologischen und sozialen Aspekte ihrer unternehmerischen Tätigkeit öffentlich informieren müssen. Dazu braucht es ein verbindliches Rahmenwerk mit nachvollziehbaren Kriterien auf zumindest europäischer Ebene. Um den Nachhaltigkeitsgedanken im Banken- und Kapitalmarkt sichtbar zu machen, kommt natürlich der öffentlichen Hand eine Vorreiterrolle zu. Hier sollten nicht nur im Bereich der Verwaltung von öffentlichem Vermögen Maßnahmen gesetzt werden, sondern auch in der öffentlichen Beschaffung. Auch Steuererleichterungen sind denkbar.

NEOS: Wir sind dafür, dass gemeinwohlorientierte Banken im Vergleich zu "regulären" Banken keinen zusätzlichen Regulierungen unterliegen. Alle Banken sollen die gleichen Chancen und Pflichten haben.

KPÖ Plus: Ja, aber Gemeinwohl sehen wir generell am besten durch ein Finanzwesen in öffentlicher Hand unter demokratischer Kontrolle gesichert. (siehe Frage 1).